



POSITIVE ÜBERRASCHUNG DANK SCHWARZER NULL

Fraktionserklärung der SP-Gemeinderatsfraktion zur Rechnung 2013

Der von rechtsbürgerlicher Seite an die Wand gemalte Pleitegeier ist kläglich abgestürzt, noch bevor er die Stadt Zürich erreicht hat: Die Rechnung 2013 der Stadt Zürich schliesst mit einer schwarzen Null ab. Budgetiert war ein Minus von knapp 100 Millionen Franken, doch jetzt erzielt die Stadt sogar einen kleinen Überschuss von 14 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2013 knapp 724 Millionen Franken. Die Stadt Zürich steht somit finanziell grundsätzlich gut da, trotz schwierigem Umfeld und unsicheren Zukunftsperspektiven.

Zur schwarzen Null beigetragen haben einerseits Mehreinnahmen, andererseits aber auch rückläufige Ausgaben. Der Sachaufwand ist signifikant tiefer als im September 2013 prognostiziert und liegt damit klar unter dem Budget. So sind beispielsweise die Ausgaben für Dienstleistungen Dritter merklich zurückgegangen. Die SP begrüsst das verbesserte Kostenbewusstsein von Stadtrat und Verwaltung.

Die Steuereinnahmen sind mit fast 2,5 Milliarden Franken rekordhoch, wenn auch unter dem Budget. Es zeigt sich, dass die verschiedenen Steuern – nicht zuletzt die Grundstücksgewinnsteuer – einen wichtigen und nötigen Beitrag zur Finanzierung der städtischen Aufgaben leisten. Beunruhigend sind die Antworten auf die Schriftliche Anfrage Nr. 2014/48 von Min Li Marti und Florian Utz: Wir befürchten, dass die beiden Grossbanken CS und UBS noch länger keine Gewinnsteuern in die Stadtkasse abliefern werden.

Die Nettoinvestitionen liegen deutlich unter dem Budget: Nur gut drei Viertel der budgetierten Investitionen wurden ausgeschöpft. Investitionen sind elementar für den Standort Zürich, da sie dem Gewerbe und den KMU wichtige und konjunkturstützende Aufträge verschaffen. Wir warnen vor einem Rückgang der Investitionen und halten an unserer langjährigen Forderung nach Verstärkung der Investitionen auf realistischem Niveau fest.

Die SP begrüsst, dass der Stadtrat aktiv werden will gegen Beschlüsse auf kantonaler und Bundesebene, die weitere Steuerausfälle zur Folge haben werden, beispielsweise gegen die geplante Unternehmenssteuerreform III. Die SP hat sich schon immer gegen Steuergeschenke für Grosskonzerne und die Hochfinanz eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Entschieden lehnt die SP die Tendenz von Bund und Kanton ab, immer weitere Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen. So werden die Gemeinden beispielsweise im Spital- und Pflegebereich oder mit der vollen Kostenüberwälzung der Schulpsychologischen Dienste immer stärker belastet.

Rebekka Wyler, RPK Vertreterin: 079 222 31 40

Min Li Marti, Fraktionspräsidentin: 079 344 54 71